

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badisches Volksecho. 1946-1950 1948**

10 (10.3.1948)

# Badisches VOLKSECHO

Wochenblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands / Landesbezirk Baden

Jahrgang 3, Nr. 10

Mannheim, 10. März 1948

Preis 15 Pfg.



## KPD verläßt Spruchkammern

Die Kommunistische Partei in Württemberg-Baden zur Entnazifizierung

Heute nach zweijährigem Bestehen des Gesetzes 104 müssen wir feststellen, daß dieses Gesetz in erster Linie gegen die ehemaligen kleinen Pg zur Anwendung gebracht wurde. 92 Prozent der Betroffenen, Personen aus den einfachen Volkskreisen, mußten die ganze Härte des Gesetzes 104 über sich ergehen lassen. Die Wirtschaftsführer der Nazikriegswirtschaft blieben jedoch vollkommen unangetastet. Eine große Anzahl ehemaliger Nationalsozialisten sitzen heute erneut in hohen und höchsten Stellungen. Nach der „Schwäbischen Donau-Zeitung“ vom 31. Januar 1948 sind in den Ämtern, die dem Justizministerium unterstehen, 77,3 Prozent ehemalige Pg im höheren und gehobenen Dienst. Im Verkehrsministerium finden wir im einfachen Dienst keine ehemaligen Pg, dagegen im höheren und gehobenen Dienst 63,1 Prozent. In der Präsidentschaft Baden sitzen 75 Prozent, in der Landesbezirksdirektion der Finanzen 64,8 Prozent und im Landwirtschaftsministerium 60 Prozent ehemalige Pg. Je höher also die Dienststellung, je größer ist heute der Anteil von Personen, die vom Gesetz 104 betroffen sind.

Schon vor dem Erlaß des Ministeriums für politische Befreiung vom 7. Februar 1948 wurden in einer Reihe Spruchkammern SS-Sturmführer und Hauptsturmführer, stellvertretende Kreisleiter, Ortsgruppenleiter, Senatspräsidenten und Untersuchungsrichter in politischen Prozessen sowie Betriebsführer, die während des Krieges riesige Profite aus ihren Arbeitern herausgeschlagen haben, entlastet oder zu Mitläufern erklärt. Fabrikanten wie Heller, Nürtingen und Ziehr Stuttgart, in deren Betrieben die schlimmsten Mißhandlungen an Arbeitern vorgekommen sind, wurden gegen den Protest großer Teile der Bevölkerung zu Mitläufern erklärt. Wir protestierten vergeblich gegen diese Praxis. Sie wurde beibehalten und führte zu dem provokatorischen Auftreten eines Schacht und Cuhorst, sie führte dazu, daß Naziaktivisten Belastungszeugen in der Wohnung überfallen, mißhandeln und mit Aufhängen und Totschlag bedrohen.

Der Erlaß vom 7. Februar erhebt die hier gekennzeichnete Praxis zum Maß-

### Badische Delegationen

#### zum 2. Deutschen Volkskongreß

In vielen badischen Städten und Dörfern und in zahlreichen Betrieben werden Delegierte zum 2. deutschen Volkskongreß am 18. März in Berlin gewählt. Trotz aller Behinderungsversuche läßt sich auch bei uns die ständig wachsende Volksbewegung für die deutsche Einheit nicht aufhalten.

In Wertheim wurden in einer öffentlichen Versammlung 3 Delegierte gewählt. Eine öffentliche Versammlung im Karlsruher Stadtteil Pfingstal wählte aus ihrer Mitte einen Ingenieur als Delegierten.

Eine öffentliche Versammlung in dem Mannheimer Stadtteil Schönau bestellte einen Delegierten und in einer Jungarbeiterversammlung der Firma Haid & Neu in Karlsruhe wurde ein Jungarbeiter delegiert.

Die Betriebe Kaufmannsmühle Mannheim, Motorenwerke Mannheim, Hommelwerke Mannheim, die städtische Friedhofsverwaltung Mannheim und Akkuwerke Mannheim wählten je einen Delegierten. In einer Reihe von weiteren Betrieben sind Delegiertenwahlen zum Volkskongreß noch im Gange. Die Freie Jugendgemeinschaft Mannheim entsendet zwei Jugendliche nach Berlin. Auch eine ganze Reihe von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus Baden wird am deutschen Volkskongreß teilnehmen.

stab der weiteren Entnazifizierung. Der Leiter des Ministeriums für politische Befreiung brachte das in der Landtagssitzung am 4. März 1948 unmißverständlich zum Ausdruck indem er erklärte: „Dem Sinn des Gesetzes, wie ihn die Praxis auslegte, wurde durch den Erlaß zum Siege verholten.“

Der Beschluß des Landtags vom 4. März hat an dem Grundgedanken des Erlasses vom 7. Februar nichts geändert. Für 92 Prozent der Betroffenen galt der politische Inhalt des Gesetzes. Es bleibt ein schreiendes Unrecht gegen die große Zahl der kleinen Pg, daß diejenigen, die sie verführt haben, die höhere Ämter und Ränge im öffentlichen Leben bekleideten, jetzt große Erleichterung vor den Spruchkammern erlangen und wieder in hohe Stellungen gelangen können.

Die durch den Erlaß vom 7. Februar

1948 bestätigte Praxis führt zur Wiederherstellung der Zustände, die uns Krieg und Katastrophe gebracht haben. Die Kommunistische Partei in Württemberg-Baden lehnt die Mitverantwortung für diese Praxis ab und sieht sich deshalb außerstande, weiter in den Spruchkammern mitzuarbeiten.

Die Kommunistische Partei führt weiterhin ihren Kampf für die Säuberung unserer Heimat von Nationalsozialismus und Militarismus und unterstützt jede dazu wirklich geeignete Maßnahme. Nur die größte Wachsamkeit und Aktivität aller demokratisch Gesinnten kann die Rückkehr ehemaliger Naziaktivisten in verantwortliche Stellungen in Staat und Wirtschaft verhindern.

Stuttgart, den 5. März 1948  
Landesvorstand Württemberg-Baden  
Kommunistische Partei

## Deutscher Volksrat

Konstituierung am 19. März 1948 in Berlin

(EB) Wie das Sekretariat des ständigen Ausschusses des deutschen Volkskongresses in seiner Sitzung am Freitag beschloß, wird die Konstituierung des deutschen Volksrates am 19. 3. stattfinden. Der deutsche Volksrat wird an die Stelle des bisherigen ständigen Ausschusses des Volkskongresses treten.

In der von Dr. Külz (LDP) geleiteten Sitzung wurden die letzten Vorarbeiten für die Durchführung des 2. deutschen Volkskongresses am 17. und 18. März abgeschlossen.

In der Sitzung wurde beschlossen, das 29köpfige Präsidium, sowie die 300 Mitglieder des deutschen Volksrates aus den Reihen der Delegierten des deutschen Volkskongresses zu wählen.

## Deutschland eine Kolonie?

„New York Herald Tribune“ spricht offen von „Unserer Kolonie“

Erst jetzt erreicht uns ein Ausschnitt aus dem Leitartikel der „New York Herald Tribune“ vom 30. Januar 1948, in dem zum ersten Male offen und unumwunden Deutschland als amerikanische Kolonie bezeichnet wird. Mögen alle diejenigen, die leichtfertigerweise die deutsche Einheit aufs Spiel setzen, diesen Text mit größter Aufmerksamkeit lesen.

German Policy

With the collapse at London of the Conference of Foreign Ministers a revision of American policy in Germany became inevitable; and the revision has been proceeding with decision and dispatch. In rapid succession „Bizonia“ has been created out of the American and British occupation zones; it has been further announced that the State Department and a civilian head, replacing General Clay, by July 1, will assume control of our German colony.

Deutsche Politik

Mit dem Zusammenbruch der Londoner Konferenz der Außenminister wurde eine Revision der amerikanischen Politik in Deutschland unvermeidlich; und diese Revision wurde beschlossen und schnell durchgeführt. In schneller Folge wurde „Bizonien“ aus der amerikanischen und britischen Besatzungszone geschaffen; es wurde angekündigt, daß die „Wirtschaftsverwaltung“ — oder wie andere es nennen — die Ersatzregierung für Bizonien in 14 Tagen vom Stapel laufen würde. Ferner wurde angekündigt, daß das State Department und ein ziviler Leiter, der General Clays Stelle ersetzen wird, am 1. Juli die Kontrolle unserer deutschen Kolonie übernehmen wird.

## Alle sind für die deutsche Einheit!

„Volksecho“-Leser bekennen sich zum Deutschen Volkskongreß

(EB) Täglich bringt uns die Post eine solche Zahl von Zuschriften unserer Leser, mit denen sie sich für den Deutschen Volkskongreß und für eine gesamtdeutsche Volksabstimmung aussprechen, daß wir das eindeutige Bild erhalten, daß das deutsche Volk, wenn es ungehindert seiner Meinung Ausdruck verleihen könnte, in seiner überwältigenden Mehrheit allen Spaltern, Quislingen und „Vaterlandsmördern“, wie sie der Dichter Georg Büchner nannte, eine unmißverständliche Antwort erteilen würde. Dies bestärkt uns in unserem festen Glauben, daß die deutsche Einheit kommen wird und kommen muß, weil Hunderttausende und Millionen der besten Deutschen dies wollen. Nur mit Bedauern müssen wir den Bedingungen unseres kleinen Formates und geringen Umfangs, das uns eine Pressefreiheit westlicher Observanz vorschreibt, Rechnung tra-

gen und uns auf wenige Ausschnitte aus einzelnen Briefen beschränken.

F. & A. Wiche, Eichtersheim. Endlich hat eine Zeitung den Mut, die Leser zu fragen, um die ehrliche Meinung zu den wichtigen Lebensfragen des deutschen Volkes aus dem breiten Volke zu erfragen.

Ich frage: „warum nicht auch alle anderen Zeitungen, da würden die Herren der Regierung mal sehen, daß der größte Teil für die deutsche Einheit stimmen wird.“

Für den „Deutschen Volkskongreß“ bin ich ebenfalls schon deshalb, weil bei dieser Abstimmung auch wir Flüchtlinge unser Jawort dazugeben, dies wird letzten Endes für die vielen Millionen, die wir sind, von entscheidender Bedeutung sein.

Das deutsche Volk muß über sein künftiges Schicksal selbst entscheiden (Fortsetzung auf Seite 2)

### Aktive Unterstützung der Reaktion?

„Vergißt man nicht etwas zu sehr, daß die SPD doch letzten Endes eigentlich nicht dazu da ist, die SED zu bekämpfen, sondern den Sozialismus zu verwirklichen? Geht nicht ein viel zu großer Teil der Kraft unserer Partei damit verloren, die SED zu Recht und zu Unrecht zu beschuldigen und ihr Abbruch zu tun? Führt diese Politik der Diffamierung der SED nicht dazu, daß auch alle ihre positiven Leistungen in der Ostzone verschwiegen, verfälscht und unterschlagen werden? Läuft dieses ganze System des Kampfes gegen die SED nicht schließlich auf eine aktive Unterstützung der Reaktion im Westen hinaus?“

So fragt der Sozialdemokrat Martin Neuffer in „Volk und Zeit“ (Karlsruhe) seine eigene Parteiführung. Müssten nicht die sozialdemokratischen Arbeiter, wenn sie ehrlich sind, seine Fragen unbedingt bejahen? Martin Neuffer meint, wir können uns eine solche Auseinandersetzung heute nicht erlauben, „wo sie ausschließlich der Reaktion zugute kommt.“ Wir meinen das auch.

### Die Bizone hat's nicht nötig

(PD) Die „Süddeutsche Zeitung“ gab eine Uebersicht über die wichtigsten Fetteinfuhr-Angebote, die 1947 den deutschen Bizonenbehörden gemacht aber nicht realisiert wurden. Die Zweizonenverwaltung in Frankfurt bezeichnete die angegebenen Zahlen als richtig, weigerte sich jedoch, bei mehreren Anfragen, so teilt der „LDP-Kurier“ aus Frankfurt a. M. mit, diese Zahlen nochmals herauszugeben und der Presse zur Verfügung zu stellen. Dem Artikel der „Süddeutschen Zeitung“ zufolge lagen u. a. folgende Angebote vor:

Dänemark: monatlich 150 Tonnen Schweinefett. Türkei: 10 000 Tonnen Haselnußkerne. Tschechoslowakei: monatlich mindestens 60 Waggons Trockenmilch und Käse sowie 9,48 Mill. Dosen Kondensmilch. Griechenland: 5000 Tonnen Olivenöl. Holland: wöchentlich 3 Mill. Eier. USA: 2000 Tonnen Schweinefett. Philippinen: 5000 Tonnen Kopa. Argentinien: 10 000 Tonnen Talg.

### SPD-Mitglieder für Verschmelzung zur Einheitspartei

(EB) Auf der Bezirkskonferenz der SPD am 29. 2. in München wurde die Zahl der SPD-Mitglieder, die den Zusammenschluß der KPD mit der Sozialistischen Einheitspartei wünschen, mit 30 Prozent angegeben.

Wenn die SPD selbst zugeben muß, daß 30 Prozent ihrer Mitglieder die Verschmelzung zur Einheitspartei herbeisehnen, wieviel mögen es also wirklich sein?

### Bizonenregierung das siebzehnte Rad am Wagen

Die amerikanische Zeitung „New York Herald Tribune“ vom 9. 1. 48 läßt die Katze zum westdeutschen Staat als 17. Rad am Wagen der Einflußsphäre des amerikanischen Monopolkapitals in Europa aus dem Sack, sie schreibt:

„Mit der Annahme der Vorschläge der Generale Clay und Robertson erhalten 40 Mill. Deutsche in der Bizone eine Verwaltung, die in allem (außer dem Namen) einer Regierung gleichkommt. Das ist deshalb von Bedeutung, weil die USA die Bizone als nicht zu missendes siebzehntes Mitglied der europäischen Marshall-Plan-Staaten betrachtet.“

(Fortsetzung von Seite 1)

können, u. a. auf Grund einer allgemeinen Volksabstimmung!

Dieser meiner Meinung schließen sich unzählige Flüchtlinge an, das kann ich durch meine Tätigkeit als Flüchtlingsvertrauensmann ruhig beweisen.

In der sicheren Erwartung, daß auch alle anderen Zeitungen ihrem Beispiel sofort folgen werden, diese drei Grundfragen der breiten Leserschaft vorzulegen und dann auch über das Ergebnis recht bald orientiert zu werden, verbleibe ich mit vorzüglicher Hochachtung!

**A. Nothacker, Pforzheim-Brötzingen.** Wem jetzt nach den drei Hungerjahren die Augen und Ohren nicht aufgegangen sind und sich gegen die Einheit stemmt und verschließt, verdient nicht mehr ein Deutscher genannt zu werden.

**Isidor Gallion, Forchheim.** Wenn wir als Deutsche nicht zusammen gehen, gehen wir unter. Deshalb kann ich nur für Einheit, Volkskongreß und Frieden sein. (Einigkeit macht stark).

**Phil. Roßnagel, Lederarbeiter, Schönau bei Heidelberg.** Es ist beschämend, daß es immer und immer wieder deutsche Menschen gibt, die fremden Mächten Handlangerdienste zum Schaden des eigenen Volkes anbieten und verrichten.

Zur großen untilgbaren Schande, die auf die Ehre des deutschen Volkes durch das Hitlerregime gefallen ist, kommt nun noch die schwarze Tat der West-Staaten-Politiker!

Es freut mich, daß die Initiative zur Einheitsbewegung gerade von den beiden Arbeiterparteien (KPD und SED) ausgegangen ist. Es hat sich hier wieder bewiesen, daß Deutschlands ärmster Sohn auch sein getreuester ist.

**Eugen Engelhardt, Straßenbahnschaffner, Mannheim-Käfertal.** Ich bin der Ansicht, daß nur ein geeintes Deutschland — kein zerrissenes — sich aus dem jetzigen Tief herausarbeiten kann, um durch seine Arbeit und seinen Fleiß wieder Achtung in der Welt erringen kann.

**Karl Haas, Kriegsinval., Mannheim-Waldhof.** Der größte Teil der Arbeiterschaft will die Einheit Deutschlands und wer dagegen ist, ist ein Feind der Arbeiterklasse. Das sind meistens die früheren großen Nazis, die heute unsere Lebensmittel verschieben. Die haben Angst vor einer deutschen Einheit, denn sie wissen genau, wenn diese entsteht, daß es ihnen an den Kragen geht.

**Eugen Safferling, Bildhauer, Mannheim-Waldhof.** In einer einheitlichen Erfassung aller Deutschen können die Belange aller Art im Interesse des Volkes bewahrt werden. Die Beweise hierfür zeigen sich allzu verständlich, doch schon heute in der Zonen-Abgrenzung und der Tätigkeit der zur Zeit bestehenden Länderregierungen und so weiter.

Mit großem Interesse verfolge ich im Radio und in den Tageszeitungen die Arbeit des Volkskongresses. Ich freute mich, daß man hier über die Stände hinweg insbesondere auch unter Ausschaltung der persönlichen Interessen der einzelnen Religionsgemeinschaften, Parteien usw., die Wünsche des Volkes würdigt. Ich bin dafür, daß man das Volk darüber hört, also eine Abstimmung vornimmt. Ich betrachte eine derartige Volksbefragung notwendiger als irgend eine andere Wahl. Können wir nicht mit einem Hoffnungsstrahl in die Zukunft blicken, dann gehen wir über kurz oder lang im eigenen Elend zu Grunde. Alle, ohne Ausnahme, nicht allein der Arbeiter, Handwerker und Beamte, sondern auch der Bauer.

**Dr. Joachim Weberling, Arzt, Mannheim.** Angesichts der grotesken separatistischen Bestrebungen in Bayern, muß die Volkskongreßbewegung alle Süddeutschen zur Einheit Deutschlands rufen!

**B. R., Weinheim.** Wie können deutsche Menschen unseres Volkes, mag es jetzt auch noch so arm und verworfen sein, vor Gott und den anderen (Nicht-deutschen) Menschen dieser Welt, auch nur einen einzigen Moment zögern, wenn es heißt, sich zur Einheit, zur Nation und damit zu Deutschland zu bekennen? Ich glaube als Christ und Mensch, daß diese Frage nach Deutschlands Einheit nicht menschlicher sondern geraden göttlicher Herkunft und damit aus letzter Instanz von entscheidender Schicksalsbedeutung ist. Unser „Ja“ heißt Leben, unser „Nein“ heißt — Tod! Zunächst nationaler und dann auch individueller Utergang! Um diese einfache Wahrheit kommen wir einfach nicht herum, man

## Die Aufgaben des Deutschen Volksrates

Alle Parteien vertreten — Kein Verbot kann deutsche Einheit verhindern

In „Deutschlands Stimme“ führt der Vorsitzende der LDP, Dr. Külz, unter dem Titel „Die praktische Arbeit beginnt“ u. a. aus: „Eine mächtige Bewegung für Einheit und gerechten Frieden trat mit dem deutschen Volkskongreß ihren Vormarsch an. Kein Verbot einer Besatzungsmacht, keine parteipolitische Engherzigkeit werden die innere Kraft dieser Bewegung ausschalten oder auch nur verringern können.“

Der LDP-Vorsitzende weist darauf hin, daß wir bei der Durchsetzung der Volksbewegung nicht nach fremden Vorbildern zu arbeiten und bei keiner Besatzungsmacht organisatorische Anleihen aufzunehmen brauchen, und nennt folgende Aufgaben des ständigen Ausschusses des deutschen Volkskongresses. Der ständige Ausschuß des deutschen Volkskongresses ist zu einer Körperschaft von etwa 400 Personen zu erweitern und wird aus sich heraus die Ausschüsse zu bilden haben, die zu

einer gründlichen Durchführung aller einheitlich für Deutschland zu lösenden Lebensfragen unentbehrlich sind. Der Volksrat wird selbstverständlich unter paritätischer Berücksichtigung der Landesvertretungen, der Parteien und demokratischen Massenorganisationen gewählt, sodaß schon äußerlich eine überparteiliche Organisation geschaffen wird, und hinsichtlich seiner Entscheidungen die Gewähr überparteilicher und nicht einseitig ausgerichteter parteipolitischer Tätigkeit bietet. Als dringendste Aufgabe des Volksrates bezeichnete Dr. Külz die Erörterung von Maßnahmen zur Sicherung bzw. Wiederherstellung der deutschen wirtschaftlichen Einheit. Ebenso wichtig seien die Maßnahmen zur Errichtung der staatlichen Einheit, die einheitliche deutsche Kulturpflege und eines einheitlichen deutschen Sozialwesens. Es komme darauf an, in allen diesen Fragen der deutschen Öffentlichkeit konkrete und praktische Lösungsvorschläge zu unterbreiten.

## Unsere eigene Kraft entscheidet!

Otto Grotewohl in Bitterfeld — Amerikanische Staatsform taugt nicht für Deutschland

„Sollten die Westmächte Deutschland zerreißen, dann wird der Kampf um die Einheit von uns allein fortgesetzt werden, um sie endgültig wieder herzustellen“, erklärte der Vorsitzende der Sozialistischen Einheitspartei, Otto Grotewohl, auf einer großen öffentlichen Kundgebung in Bitterfeld.

Der Redner skizzierte die Entwicklung der Volkskongreßbewegung nach dem Scheitern der Londoner Konferenz und hob hervor, daß das imperialistische Weltkapital keinerlei Interesse an einem wirklichen Wiederaufbau Deutschlands gezeigt habe, so daß nur das Vertrauen auf die eigene Kraft die Möglichkeit biete, die chaotischen Folgen des Krieges zu überwinden.

In Frankfurt wurden nicht deutsche, sondern amerikanische Interessen vertreten, fuhr der Redner fort. Aber die

amerikanische Staatsform lasse sich nicht auf Deutschland übertragen, ebensowenig wie die der Sowjetunion. Was sich zur Zeit in den Westzonen ereignet, sei alles andere als die Entwicklung einer Demokratie. Demgegenüber habe man in der Ostzone einen Weg beschritten, der den deutschen Verhältnissen und Bedürfnissen Rechnung trägt. Ein Abklatsch der Weimarer Republik könne uns keine Rettung bringen. Unsere Demokratie, die wir entwickeln, müsse antifaschistisch und frei gestaltet sein.

„Nur wenn das deutsche Volk überzeugt ist, daß seine eigene Kraft entscheidet, was aus Deutschland wird, kann es sich voll für die großen Ziele der Demokratie, für die Sicherung des Friedens einsetzen“, betonte Otto Grotewohl abschließend.

## Kartoffelversorgung 1948

6 Zentner — 4 Zentner — 3 Zentner — 1 Zentner — ? Zentner!

(EB) Obwohl die Kartoffelernte 1947 ausgereicht hätte, um pro Kopf der Bevölkerung 2-3 Zentner auszugeben, haben viele Menschen nicht einmal 1 Zentner Kartoffeln erhalten, und die Hausfrauen sind in größter Sorge, wie sie ohne dieses Grundnahrungsmittel ihre Familie erhalten können. Scheinbar als Ersatz für die in diesem Jahre ausgebliebenen Kartoffeln werden wir jetzt mit großen Versprechungen über Kartoffellieferungen nach der nächsten Ernte eingedeckelt. Während man es bisher allerdings den Tatsachen überließ, die Versprechungen Lügen zu strafen, hält man es neuerdings anscheinend für angebracht, eine Art von Versprechungsmechanik mit Gangschaltung anzuwenden. Mit Rückwärtsgang selbstverständlich! Vor 14 Tagen

noch verkündete man die Verteilung von 6 Zentner pro Kopf im Herbst 1948. Am 19. Februar erklärte Dr. Eiseemann auf einer Pressekonferenz im Landwirtschaftsministerium von Württemberg-Baden, daß man der Bevölkerung im Herbst 4 Zentner Kartoffeln zur Verfügung stellen wolle. Am 23. Februar entnehmen wir einer DENA-Meldung, daß die Zweizonenverwaltung für Ernährung beabsichtigt, die Kartoffelzuteilung für Normalverbraucher auf jährlich 3 Zentner zu erhöhen. Wenn bis zum Herbst unsere Ernährung nicht in anderen Händen liegt, glauben wir, daß die Versprechungsmechanik noch weiter, d. h. auf 1 Zentner zurückgeschaltet werden muß, damit Tatsachen und Versprechungen nicht allzusehr auseinanderliegen.

braucht dazu weder Philosoph noch Prophet zu sein. Gerade unser Volk, das sich einer christlichen Erziehung erfreuen durfte, findet im Beispiel des alttestamentarischen Volkes noch heute die Richtschnur, die eindeutig beweist: Zusammengehörigkeit und Gemeinschaft eines Volkes sind einfachste Naturgesetze. Hat nicht Moses das Größte, wenn auch wenig christliche Beispiel seines Nationalgefühls gegeben, indem er den ägyptischen Peiniger erschlug? Erzählen wir diese Geschichte nicht auch heute noch unseren 9jährigen Kindern in der Schule?

Der Volkskongreß in Berlin, die nachweislich einzige Einrichtung, auf der die deutsche Einheit vertreten wird, von vielen Deutschen in der Westzone seiner vermeintlichen östlichen Herkunft wegen mit etwas Vorsicht behandelt. Man wittert einen Pferdefuß! So tat auch ich. Bis zu der Stunde, in der ein einfacher Arbeiter, in zerschlossener Kleidung, mit abgehärtetem Gesicht, aber glänzenden gläubigen Augen vor mich hintrat und fragte: Wie stehen Sie als Deutscher zu der Frage der deutschen Einheit? Ich hätte wohl eher die Existenz Gottes leugnen, als dieser Frage ausweichen können! Ich hätte mich vor diesem einfachen, schlichten Menschen

## Unter der Lupe

Ein ungetreuer Gutsverwalter!

Der Verwalter des staatlichen Versuchsgutes Rosenhof bei Ladenburg wurde verhaftet. Er hat geschlachtet und das Schwein als gestohlen gemeldet. Der Dieb war er selbst, das Schwein fand sich in einer Räucher- kammer einer Ladenburger Metzgerei wieder. Nach ergebnislosen Durchsuchungen bei den Gutsarbeitern (die Arbeiter meinen, der Herr Verwalter habe das selbst veranlaßt) fand man bei ihm selbst über 100 Pfund Fett und ein Paar Dutzend Liter Oel.

Bezeichnend ist, daß kurz nach der Meldung des angeblichen Diebstahls der Herr Dr. Schieblisch bereits eine neue Schlachtgenehmigung in der Tasche hatte. Das ging fix. Trotz der recht ansehnlichen Fett- u. Oelmengen, die man bei ihm fand, wurde von einer Verhaftung zunächst abgesehen. Erst mußte man sich in Karlsruhe die Genehmigung holen. Und das ist ebenfalls bezeichnend. Ob man mit einem einfachen Bauern auch solche Umstände gemacht hätte?

Herr Dr. Schieblisch ist natürlich ehemaliger Nazi. Solche Leute trifft man immer wieder auf den verschiedenen staatlichen und privaten Gutshöfen. Genau wie für geflohene Junker aus der Ostzone, für die man immer wieder auf irgendeinem Gutshof ein fettes Pöstchen hat. Wer wundert sich da, wenn unsere Nahrungsmittel in den schwarzen Kanälen verschwinden.

## So kann es nicht weitergehen

Ein Landwirt in Käfertal, der durch die Futtermittelknappheit infolge der Dürre gezwungen war, seinen Viehbestand zu verringern, machte uns folgende Rechnung aus:

Einnahmen aus Verkauf von Vieh:  
1 Ochse, 7 Ztr., abzgl. Kosten 330,40 Mk.  
1 Kuh, 9 „ „ „ 235,- „  
insgesamt: 565,40 Mk.

Ausgaben:  
1 Kuh, notgeschl., Kosten 3,64 Mk.

für 3 Stück Großvieh ausbezahlt  
insgesamt: 561,76 Mk.

Die notgeschlachtete Kuh war zu spät abgeholt und deshalb durch die Hitze verdorben. Die 561,- Mk. werden nicht ausreichen, um im Frühjahr auch nur ein Kalb zu kaufen.

Die landwirtschaftlichen Behörden haben nichts dazu getan, um den Bauern die Erhaltung des durch die Dürreperiode bedrohten Viehbestandes zu erleichtern. Unter der Überschrift „Auswege aus der Futternot“ empfahl Landwirtschaftsminister Stooß im Landwirtschaftlichen Wochenblatt für Baden die Abschachtung des Viehbestandes — fürwar, auch ein Ausweg. Von der Erfüllung der Forderung der Bauern „Futtermittelfuhr, Erlaß der Ablieferung von Rauhfutter usw.“ ist nichts zu sehen, noch zu hören.

## DVP und der teure Wein bei der Europa-Union

Zu dem Bericht in Nr. 8 unseres Blattes über den Maskenball im Rosengarten unter Leitung des „Psychologen“ Steinhorst, Vorsitzender der Europa-Union, teilt uns die DVP Mannheim mit, daß Steinhorst nicht mehr der Demokratischen Volkspartei angehört. Wenn er auch seinerzeit als Stadtrats- und Landtagskandidat der DVP auftrat, so hat dieser wendige Zeitgenosse, der in der Nazizeit den Ausländerarbeitereinsatz bei der Firma Giuliani, Ludwigshafen, unter sich hatte, sich jetzt doch anderen Betätigungsfeldern zugewandt, wie dem nicht genau zu umschreibenden Beruf eines freien Psychologen und der Leitung einer höchst einträglichen Ausgabestelle für Schweizer Hilfslieferungen von Lebensmitteln.

Alle Personen, die Angaben machen können über den ehemaligen Verw.- und späteren Verpflegungsinspektor Julius, im Zucht- haus Ludwigshafen, werden ersucht, dieselben schriftlich der Kreisstelle der VVN, Mannheim, Luisenschule, Zimmer 19, zukommen zu lassen.

Herausgeber: Kommunistische Partei Deutschlands, Bezirksvorstand Nordbaden, Mannheim, S 3, 10. Verantwortlich: Kurt W. Weber, Mannheim. Druck: Mannheimer Großdruckerei, Mannheim, R 1, 4-6. - Herausgegeben mit Genehmigung der Nachrichten-Kontroll-Abteilung für Württemberg-Baden. - Auflage: 29 000.